

Antrag der Fraktion „aus der MITTE“ zur Sondersitzung am 7.12.2020

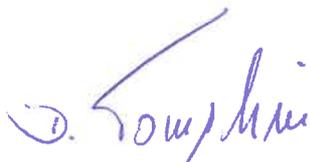
Beantragung der Mittel zur Beauftragung eines Rechtsanwaltsbüros, das am Montag Abend in der Sondersitzung beschlossen wird

zur rechtlichen Prüfung des Sachverhaltes und zum eventuellen Einlegen von weiteren Rechtsmitteln (Klage, einstweilige Verfügung usw.)

Finanzielle Auswirkungen: die Mittel werden aus dem Haushaltsplan des entsprechenden Sachkontos für Anwaltskosten genommen bzw. aus dessen Deckungskreis

Begründung: unabhängig der Verwaltung sollte ein externes Anwaltsbüro den Sachverhalt prüfen, um Rechtssicherheit im Gesamtverfahren zu haben.

Der Beschluss bezieht sich auf den vorangegangenen Antrag zum Einlegen eines Widerspruchs durch den Bürgermeister zum Befahren der Jagdschlossstraße mit Bussen.



D. Tomschin

Fraktionsvorsitzender der Wählergemeinschaft „aus der MITTE“